

Das Magazin der Bundestagsfraktion

profil:GRÜN

RADIKAL & REALISTISCH

GRÜNE UMWELTPOLITIK

DEZEMBER 2018


**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
BUNDESTAGSFRAKTION

www.gruene-bundestag.de



PROFIL:GRÜN IM DEZEMBER 2018

EDITORIAL S. 3

Katrin Göring-Eckardt zur aktuellen politischen Lage

RADIKAL & REALISTISCH S. 4

Wollen wir die Umweltprobleme noch in den Griff bekommen, müssen wir jetzt auf allen Ebenen zugleich handeln. Anton Hofreiter, Oliver Krischer und Lisa Badum sagen, wie es zu schaffen ist.



MEHR FRAUEN IN DIE PARLAMENTE S. 8

Unser Wahlrecht begünstigt die Männer – das kann so nicht bleiben. Britta Haßelmann, Ulle Schauws und Katrin Göring-Eckardt zeigen den Weg für mehr Frauen in der Politik.

IN SCHLECHTER VERFASSUNG S. 12

Causa Maaßen, Causa Amri, V-Leute-Einsatz ...

Der Verfassungsschutz hat ein Problem. Irene Mihalic und Konstantin von Notz plädieren für eine Zäsur und einen strukturellen Neustart.

HIER GEHT'S ZUR ZUKUNFT S. 14

Interdisziplinär und mit Mut zur Kontroverse, gemeinsam mit NGOs und vielen Fachleuten arbeitet die Fraktion seit diesem Frühjahr an den zentralen Themen der Gegenwart. Hier ein erster Einblick in unsere Zukunftslabore.

DIE GEWINNENDE S. 16

Dass mehr Bürgerbeteiligung kommt, dafür setzt sich Anna Christmann im Bundestag ein. Ein Porträt von Klaus Heymach.

AUS DEN ARBEITSKREISEN S. 18

Wir berichten über unsere parlamentarische Arbeit.

GRÜN UND GRÜNER S. 22

Junge Menschen aus ganz Europa bei unserem Young Europeans Lab, 100 Jahre Frauenwahlrecht, der grüne Betriebsräte tag – Blitzlichter unserer Veranstaltungen im Herbst



Herausgeberin: Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion, 11011 Berlin, TEL 030/227 56789, FAX 030/227 56552, info@gruene-bundestag.de, **V. i. S. d. P.:** Herta Parchent, **Redaktion:** Gisela Hüber, Sibylle Kraut-Eppich, Tim Meyer, **Gestaltung:** Oliver Geheeb, Stefan Kaminski, **Titelbild:** Stefan Kaminski, **Druck:** Dierichs Druck+Media Kassel, **Papier:** 90 g Revive Pure, **Auflage:** 81.500, erscheint auch als Anzeige im „Magazin der Grünen“, **Redaktionsschluss:** 27.11.2018, profil:GRÜN erscheint vier Mal im Jahr

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

wie leben wir in Zukunft? Wie können wir die schlimmsten Auswirkungen der Klimakrise noch abwenden? Wie schaffen wir gleichwertige Lebensverhältnisse für alle? Wie ebnen wir mehr Frauen den Weg in die Parlamente? Fragen wie diese treiben die Arbeit der grünen Bundestagsfraktion an. Der Klimawandel verlangt uns mehr ab, als Experten bisher dachten.

Es braucht eine Umweltpolitik, die so radikal ist wie realistisch notwendig. Was dafür jetzt zu tun ist, lesen Sie in dieser Ausgabe. Außerdem, warum auch 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts der Kampf für mehr Frauen in den Parlamenten immer noch nicht ausgefochten ist.

Ein Thema, das uns zurzeit sehr beschäftigt, ist die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Der Zugang zu Bildung, zu Arbeit, zu gesellschaftlichem Leben muss allen gleichermaßen offenstehen. Die Digitalisierung und der Zugang zu digitaler Infrastruktur sind ein wichtiger Schlüssel in allen Lebensbereichen. Doch von einer flächendeckenden Versorgung, gerade in ländlichen Regionen, kann keine Rede sein.

Rund 26 Prozent der Deutschen wohnen in kleinen Städten und Dörfern, fast so viele wie in den Großstädten. Die explodierenden Immobilienpreise in den Ballungszentren sorgen für weiteren Zuzug in ländliche Regionen. 90 Prozent der Menschen hier leben gerne auf dem Land. Ob das so bleibt, steht und fällt mit der Infrastruktur. Wie ist es da zu verstehen, wenn Forschungsministerin Karliczek erklärt, schnelles Funknetz brauche es nicht „an jeder Milchkanne“? Es wäre fatal, würden die ländlichen Regionen noch weiter abgehängt. Schließlich ist die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen ein Gebot des Grundgesetzes. Dazu gehört mehr als Wasser und Strom. „Peinlich“ nannte Wirtschaftsminister Altmaier das Verschleppen der Digitalisierung durch die Bundesregierung. So hat sie den in der Bevölkerung weitverbreiteten Eindruck von der urbanen Arroganz der Eliten noch verschärft. Nehmen wir die Massenproteste der „Gelben Westen“ in Frankreich als Mahnung: Gesellschaftlichen Frieden kann es nur geben, wenn alle Menschen das Gefühl haben, dazuzugehören.

Herzlich



KATRIN GÖRING-ECKARDT MDB
Fraktionsvorsitzende



Foto: Stefan Kaminski

RADIKAL & REALISTISCH

von Anton Hofreiter, Oliver Krischer und Lisa Badum

Die Landtagswahlen in Bayern und Hessen brachten grüne Rekordergebnisse. Jetzt schallt es allenthalben: Grüne Inhalte sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen – auch wenn sie das schon lange waren. Und was machen die Grünen? Fordern eine radikale Umweltpolitik. Noch radikaler? Spinnen die, die Grünen?

Im Gegenteil. Wir kämpfen für radikalen Umwelt- und Klimaschutz, gerade weil wir realistisch sind und die Dinge sehen, wie sie sind.

Wir wollen, dass Probleme gelöst werden, und Verantwortung dafür übernehmen. Jetzt ist die Zeit, gemeinsam mit der gesellschaftlichen Mehrheit diese notwendige und radikale Umweltpolitik umzusetzen.

Mit einem Herumdoktern an einzelnen Symptomen ist es nicht getan. Ein bisschen Umweltkosmetik hier und Rücksichtnahme auf die unbeweglichsten Ewiggestrigen dort – das verschärft die Probleme. Radikale Umweltpolitik heißt, das ganze Register konsequenter Maßnahmen zu ziehen: im Klimaschutz, beim Bauen und Wohnen, im Verkehr, in Landwirtschaft und Ernährung, im Natur- und Artenschutz, für eine nachhaltige Lebens- und Wirtschaftsweise. Damit müssen wir sofort anfangen. Was wir jetzt tun, wirkt um ein Vielfaches mehr als alles, was wir auf die lange Bank schieben.

DIE KRISE IST DA

Überall auf der Welt, auch bei uns, machen sich Umweltprobleme immer drastischer bemerkbar. Die letzten Monate haben gezeigt, dass wir schon mitten-drin sind in der Klimakrise. Immer heftigere Stürme, Starkregen und Überschwemmungen suchen viele Regionen der Erde heim. Hitze, Waldbrände und Dürreperioden entfalten zerstörerische Kräfte. Die Nahrungsmittelproduktion weltweit ist bedroht. Bereits heute sind Millionen Menschen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen, weil die Folgen des Klimawandels ihre Lebensgrundlagen vernichten. Ganze Staaten drohen infolge des Meeresspiegelanstiegs zu verschwinden. Wissenschaftler warnen vor einer kommenden Hitzezeit und fordern eine „Revolution“ in der Klimapolitik, damit künftigen Generationen noch eine lebenswerte Erde bleibt. Zugleich ist die Artenvielfalt auf der Erde so bedroht wie nie zuvor. Täglich rottet der Mensch dutzende Arten aus, im Regenwald wie in der unerforschten Tiefsee. Auch bei uns in Deutschland ist fast ein Drittel aller Tier- und Pflanzenarten bedroht. Statt laut und bunt ist es gespenstisch ruhig im Einheitsgrün auf Feld und Flur. Allerweltsarten früherer Tage wie Spatzen oder Maikäfer sind bereits rar geworden. Zudem holen uns die klassischen Umweltthemen Wasser-, Boden- und Luftverschmutzung wieder ein. Dachten wir in den letzten 30 Jahren schon, wir hätten sie in den Griff bekommen, werden wir nun eines Schlechteren belehrt: dicke Luft in den Städten und Nitrat im Grundwasser, antibiotikaresistente

„Wenn in unseren Parlamenten Rechte sitzen und die Klimakrise leugnen, ist es an uns zu zeigen, dass gut gemachter Klimaschutz Hand in Hand geht mit mehr Lebensqualität, Jobs und Fortschritt.“

CEM ÖZDEMİR MDB,
*Vorsitzender im Ausschuss für Verkehr und
Digitale Infrastruktur*

Bakterien in den Badeseen und Mikroplastik überall. In den Weltmeeren schwimmen bereits Plastikteppiche groß wie Kontinente.

GEGEN DAS „WEITER SO“

Für all diese Probleme sind wir Menschen verantwortlich. Wir erzeugen sie mit unserer Art zu wirtschaften, zu produzieren, zu transportieren und zu konsumieren. Damit tragen wir entscheidend dazu bei, die Lebensgrundlagen kommender Generationen zu zerstören. So wie es heute in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern schon bittere Realität ist. Ein „Weiter so“ kann es nicht geben, denn das verschärft nur die Probleme. Und was macht die Große Koalition? Nichtstun aus Überzeugung! Kohle- und Auto-lobby sind der Bundesregierung weiterhin wichtiger als die Interessen der Betroffenen. Gemeinsam sorgen sie

dafür, dass sich nichts ändert. Umwelt-, Klima- und Artenschutz gelten in der Lesart der Bundesregierung immer noch als Wachstums- und Arbeitsplatzkiller. Ökonomie und Ökologie werden bewusst und wider besseres Wissen gegeneinander ausgespielt.

Damit werden die Chancen der ökologischen Transformation vergeben, die mehr soziale Gerechtigkeit und Wohlstand bringt – wenn man sie denn richtig macht.

KRIEGEN WIR NOCH DIE KURVE?

Unser Auftrag als Grüne ist klar: Wir sind die Generation, in deren Lebenszeit sich entscheidet, ob wir rechtzeitig die Kurve kriegen. Ob es uns gelingt, aus Kohle und Massentierhaltung auszusteigen. Ob wir es schaffen, auf 100 Prozent erneuerbare Energie und eine Landwirtschaft mit Zukunft umzusteigen. Wir haben es in der Hand, weiter ohne Ende Plastikmüll und Pestizide zu produzieren oder andere Wege zu finden. Je länger die jetzige Bundesregierung zaudert, desto drastischer werden die Eingriffe in Zukunft ausfallen. Um schnell genug umzusteuern, sind jetzt radikale Maßnahmen notwendig. Radikal vor allem deshalb, weil wir alle zugleich und entschlossen anpacken müssen. Handeln wir nicht, werden die Folgen von Klimawandel und Artenschwund uns umso härter treffen. Dabei ist grüne Umweltpolitik immer auch soziale Politik. Es sind

die Ärmsten, die unseren Wohlstand mit miserablen Lebens- und Arbeitsbedingungen bezahlen – hier und weltweit. Bei der notwendigen ökologischen Transformation unseres Wirtschaftens muss es auch darum gehen, betroffene Regionen und die Menschen für die Zukunft zu rüsten. Dazu schnüren wir ein Paket von sozial- und strukturpolitischen Maßnahmen, wie beispielsweise dem Ausbau von Infrastruktur sowie der Ansiedlung von Firmen aus Zukunftsbranchen und Bildungseinrichtungen.

GEMEINSAM UND MUTIG VORANGEHEN

Im Einsatz für eine lebenswerte Zukunft treffen wir überall auf wichtige Mutmacher, Vorreiterinnen, Mitstreiter und Entscheiderinnen. Zum Teil setzen sie sogar ihr Leben ein, um Umwelt und Natur zu retten. Sie machen unsere Welt Stück für Stück besser. Im Kleinen wie im Großen. Ein ermutigendes, wichtiges Signal hat die Weltgemeinschaft nach über 20 Jahren Verhandlungen mit dem Klimaschutzvertrag von Paris gesetzt. Mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung hat sie sich über alle Unterschiede und Meinungsverschiedenheiten hinweg eine verbindliche politische Charta gegeben, deren Reformansatz vor der jeweils eigenen Haustür beginnt. Ziel ist, unser Handeln und Wirtschaften so zu gestalten, dass wir nicht länger zu Ungleichheit, Ausbeutung und Perspektivlosigkeit, insbesondere in den Ländern des globalen Südens, beitragen. Wichtige Länder wie Kalifornien, immerhin die fünftgrößte Volkswirtschaft der Welt, machen sich auf den Weg des Energiesparens und des Komplettumbaus hin zu erneuerbaren Energien und Elektromobilität. In Europa gibt es erste richtige Schritte: Schweden verbietet Mikroplastik aus Kosmetika, die EU verbietet Plastikhalme und Einweggeschirr. Die Landesregierung Berlin hat sich vorgenommen, die Hauptstadt fahrradfreundlich zu machen.

DIE WAHRHEIT IST ZUMUTBAR

Wir Grüne im Bundestag sind der festen Überzeugung, dass wir den Menschen die Wahrheit zumuten müssen und auch können. Die Gesellschaft ist ohnehin in großen Teilen schon weiter. Man muss aber die Sorgen der Menschen ernst nehmen, Argumente liefern und gemeinsam an Lösungen feilen. Notwendige Zumutungen konsequent umzusetzen und ehrlich zu sagen, was getan werden muss, stärkt die Demokratie. Sie zu verschweigen schwächt dagegen die Zuversicht in demokratische Verfahren – und das Vertrauen in all jene, die politische Entscheidungen

„Radikale Fragestellungen brauchen radikale Lösungen. Jetzt.“

SYLVIA KOTTING-UHL MDB,
*Vorsitzende im Ausschuss für Umwelt,
Naturschutz und nukleare Sicherheit*

treffen. Viele Bürgerinnen und Bürger wissen längst, dass ein „Weiter so“ des ungebremsten Wachstums auf Kosten der Umwelt nicht funktionieren wird. Sie wissen, dass sich etwas ändern

muss, um unsere natürlichen Lebensgrundlagen, Arbeitsplätze und unseren Lebensstandard zu erhalten, für uns und unsere Kinder. Aus dieser Erkenntnis schöpfen wir den Mut, mit der Zivilgesellschaft, den veränderungswilligen Teilen der Wirtschaft und vielen Millionen Menschen gemeinsam Lösungen zu erarbeiten, in den gesellschaftlichen Diskurs einzubringen und letztlich umzusetzen. Lösungen, die sich radikal von der zaghaften Politik der Bundesregierung unterscheiden, weil die Realität sie von uns einfordert. Wir haben dazu detaillierte Konzepte entwickelt:

www.gruene-bundestag.de/radikaleUmweltpolitik

RADIKAL, WEIL REALISTISCH

Keine Frage – unser Programm einer radikalen Umweltpolitik ist ambitioniert. Muten wir unserer Gesellschaft, unserer Wirtschaft damit zu viel zu? Nein, im Gegenteil. Wir Grüne im Bundestag sind überzeugt: Genau das ist realistischerweise nötig, um eine lebenswerte Welt, ein nachhaltiges Wirtschaften und gute Arbeit für alle auch in Zukunft sicherzustellen. Das ist es, was die Menschen von uns erwarten. Es ist im besten Sinne zugleich bewahrend und progressiv. Die Wirklichkeit verlangt schnelles, umfassendes und entschlossenes Handeln. Was wir heute unterlassen, kommt uns morgen in jeder Hinsicht teuer.

DR. ANTON HOFREITER MDB
Fraktionsvorsitzender



LISA BADUM MDB
Sprecherin für Klimapolitik



OLIVER KRISCHER MDB
Stv. Fraktionsvorsitzender

DAS BRAUCHEN WIR JETZT:

FÜR WIRKSAMEN KLIMASCHUTZ:

- » Verankerung des Klimaschutzes im Grundgesetz
- » Wirksames Klimaschutzgesetz
- » Ökologische Finanzreform mit Einführung eines CO₂-Preises auf Energieverbrauch, einer Ressourcenabgabe und konsequentem Abbau umweltschädlicher Subventionen
- » Kohleausstieg: bis 2020 70 Millionen Tonnen CO₂ einsparen, den Rest bis 2030
- » Schub für erneuerbare Energien durch Abschaffung der Ausbaubremse, verbesserte Ausschreibungen und eine Solaroffensive
- » Keine Strompreisrabatte mehr für die Großindustrie
- » Energiespargesetz

FÜR KLIMA- UND UMWELTGERECHTES BAUEN UND WOHNEN:

- » Sozial gerechte energetische Gebäudesanierung
- » Investitionsprogramm „Faire Wärme“
- » Vorreiterrolle der öffentlichen Hand bei klimagerechten Gebäuden und umweltgerechter Beschaffung
- » Förderung von CO₂-armem Bauen
- » Stopp der weiteren Flächenversiegelung durch verbesserte Innenentwicklung

FÜR ZUKUNFTSFÄHIGEN VERKEHR:

- » Umstellung auf emissionsfreie Motoren: bis 2030 bei Pkw-Neuzulassungen, bis 2050 bei Schwerlastverkehr, Schiffen und Flugzeugen
- » Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs
- » Kostengünstige, bequeme Nutzung von Bussen, Bahnen und Carsharing, mit MobilPass und zu fairen Preisen

IN LANDWIRTSCHAFT UND ERNÄHRUNG:

- » Umbau der Agrarförderung: öffentliche Gelder nur für umwelt-, klima- und tiergerechte Produktion
- » Ende der industriellen Massentierhaltung durch einen nationalen Aktionsplan, Anreize für tiergerechte Haltung und eine Tierhaltungskennzeichnung
- » Drastische Reduzierung von Pestiziden und Stickstoff durch verbindliche nationale Reduktionsstrategien
- » Ausbau der ökologischen Landwirtschaft
- » Programm zur Beendigung von Lebensmittelverschwendung

FÜR MEHR NATUR- UND ARTENSCHUTZ:

- » Stopp des Artensterbens durch ein Bund-Länder-Programm sowie den Erhalt und Ausbau von Wildnisgebieten
- » Stopp der Überfischung durch bestandsverbessernde Fangquoten, umweltverträglichere Fangmethoden und nutzungsfreie Zonen

FÜR NACHHALTIGES WIRTSCHAFTEN :

- » Aktionsplan gegen Plastikmüll
- » Eine funktionsfähige Kreislaufwirtschaft mit hohen Mehrwegquoten, Abfallvermeidungs- und Wiederverwendungsstrategien
- » Stopp der Gewässerverschmutzung durch Mikroplastik, Gülle, Antibiotika und Medikamente

FRAUEN IN DIE PARLAMENTE!

Am 12. November gab es Grund zu feiern: Vor 100 Jahren wurde das Frauenwahlrecht eingeführt. Seither ist in den Parlamenten unseres Landes für Frauen viel erkämpft worden, doch bei Weitem ist nicht alles gut. Nach der letzten Bundestagswahl 2017 ist der Frauenanteil im Bundestag erstmalig wieder gesunken – sogar unter den Wert von 1998.

Ein paar Zahlen machen die Misere deutlich: Von 709 Abgeordneten sind nur 217 Frauen. Nur 13,2 Prozent Botschafterinnen hat das Auswärtige Amt. Und es gibt mehr Staatssekretäre mit dem Vornamen Hans als Frauen in dem Job. Das ist für uns nicht akzeptabel. Unsere Demokratie braucht dringend die Erfahrungen und das Wirken der weiblichen Hälfte unserer Gesellschaft. Deshalb ist es jetzt an uns Grünen, gemeinsam mit vielen Frauen und Männern Lösungen zur Frauenförderung und neue Wege wie Quote oder Parität voranzutreiben.

Die Gleichberechtigung von Mann und Frau durchzusetzen ist ein Staatsziel. Frauen müssen in politische Entscheidungsprozesse eingebunden sein und demokratisches Mitbestimmungsrecht haben. Das geht nur, wenn sie auch repräsentiert sind. Unser Grundgesetz gibt es in Artikel 3 Absatz 2 vor: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Aus unserer Sicht ist es an der Zeit, die Debatte um die Parität von Frauen in Politik, in Parteien und in unseren Parlamenten fundiert zu führen. „Die geringe Beteiligung von Frauen in den Parlamenten ist Verfassungsbruch in Permanenz“, befand Elisabeth Selbert, eine der Mütter des Grundgesetzes, im Jahr 1981. Wenn alle Parteien in ihren Reihen dafür Sorge tragen würden, dass Frauen in gleicher Weise wie Männer vertreten sind, würde sich das Problem von selbst erledigen. Wir Grüne im Bundestag zeigen, dass es möglich ist. Nicht nur reden, handeln ist deshalb die Devise. Es ist Zeit, dass die Parteien verbindlich sagen, was sie tun werden, um den Frauenanteil in ihren Reihen zu verbessern. Sie müssen erklären, wie sie die politische Kultur und Struktur ändern wollen, um Diversität herzustellen, die Vereinbarkeit von Politik und Familienleben zu verbessern, stereotype Machtstrukturen zu verändern und den Gleichstellungsauftrag umzusetzen.

NOVEMBERREVOLUTION BRACHTE DEN DURCHBRUCH

Unsere Vorkämpferinnen haben zu Beginn des letzten Jahrhunderts den Weg geebnet. Werfen wir einen Blick auf die historischen Anstrengungen und Errungenschaften der Frauenstimmrechtsbewegung. Denn die Verkündung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts „für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weib-

lichen Personen“ durch den Rat der Volksbeauftragten am 12. November 1918 ist auch ihr Verdienst. Dieses Datum gilt als Beginn des Frauenwahlrechts in Deutschland. Darin gipfelten jahrzehntelange Kämpfe der Frauenstimmrechtsbewegung, die vor dem Ersten Weltkrieg in verschiedenen politischen Flügeln aktiv war. In ihrem Ziel waren sie sich einig, doch welches Stimmrecht sollte es sein – dasselbe, das die Männer hatten? Das hätte beispielsweise in Preußen auch für Frauen ein nach Steuerzahlungen gestuftes Dreiklassenwahlrecht bedeutet. Oder sollte man der Forderung der SPD nach einem allgemeinen Wahlrecht folgen? Für viele „bürgerliche“ Frauen kam die SPD jedoch als Bündnispartnerin nicht infrage. Kaiser Wilhelm II. deutete in seiner „Osterbotschaft“ 1917 eine Wahlrechtsreform in Richtung eines allgemeinen Wahlrechts an – ohne jedoch das Frauenstimmrecht zu erwähnen. Erst die Novemberrevolution brachte dann den entscheidenden Schritt zur Demokratisierung des Landes.

ERSTE WAHLEN MIT SENSATIONELLEM ERGEBNIS

Am 19. Januar 1919 fanden die ersten Wahlen zur Nationalversammlung statt. Frauen hatten erstmals im ganzen Land das aktive und passive Wahlrecht. Eine Wahlbeteiligung von über 80 Prozent zeigt, dass die Frauen von ihrem errungenen Recht Gebrauch machten. Von den rund 300 Kandidatinnen wurden 37 in den ersten Reichstag der Weimarer Republik gewählt (später rückten noch vier weitere nach). Bei insgesamt 423 Abgeordneten ergab sich ein Anteil von 9,7 Prozent. Für die damalige Zeit ein sensationeller Wert. In der späteren Bundesrepublik sollte es bis 1983 dauern, bis er wieder erreicht wurde. Erst mit dem Einzug der Grünen in den Bundestag im Jahr 1983 stieg der Frauenanteil im Bundestag maßgeblich. Die 30-Prozent-Marke wurde erstmals mit der Bundestagswahl 1998 überschritten. Umso schmerzlicher ist der Rückschritt, wenn im jetzigen Parlament mit 30,9 Prozent wieder weniger Frauen vertreten sind. Ursache des geringen Frauenanteils im Bundestag sind insbesondere die Fraktionen der AfD, der CDU/CSU und der FDP. Auf der anderen Seite können die Grünen mit 58 Prozent Frauen aufwarten, die Linke mit 54 Prozent und die SPD mit 42 Prozent. Das Problem der ungleichen Vertretung von Männern und Frauen ist zweifellos auch Ausdruck der politischen Weltbilder in den Parteien. Dazu kommt ein Wahlrecht, das strukturell die Männer begünstigt.

WIR BLEIBEN DRAN!

„Was diese Regierung getan hat, war eine Selbstverständlichkeit: Sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist.“ Mit diesen Worten reagierte die Sozialdemokratin Marie Juchacz – die erste Frau, die je in einem deutschen Parlament eine Rede hielt – auf die Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland.



Seither sind genau 100 Jahre vergangen. Und das wollen wir feiern. Wir Grüne ohnehin, aber auch der Bundestag steigt ein: Am 18. Januar wird es eine offizielle Feierstunde im Plenarsaal geben, am Vorabend einen fraktionsübergreifenden Frauenempfang in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft. Ganz besonders freut es mich, dass wir gemeinsam mit dem Kunstreferat des Bundestages eine visuelle Reflexion zum Thema 100 Jahre Frauenwahlrecht wagen. Neunzehn hochkarätige Künstlerinnen haben sich bereit erklärt, das Thema in Form von Plakaten zu bearbeiten – die erst im Bundestag ausgestellt, dann auf Reisen gehen und uns mit Sicherheit an eines erinnern werden: Bis zur tatsächlichen Gleichberechtigung bleibt noch viel zu tun. Wir bleiben dran, garantiert!

CLAUDIA ROTH MDB

Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

WAHLRECHT BEGÜNSTIGT MÄNNER

Unser komplexes Wahlrecht zu verändern ist jedoch nicht so einfach. Es gilt das breit akzeptierte und verankerte personalisierte Verhältniswahlrecht. Mit der Erststimme wählen wir die DirektkandidatInnen im Wahlkreis, mit der Zweitstimme eine Partei. Über die Zweitstimme kommen die KandidatInnen zum Zug, die die Parteien in den Landeslisten aufstellen. Bei der Aufstellung der Listen sorgen Parteien, die in ihren Statuten Quoten verankert haben, selbst für Parität. So handhaben es die Grünen von Anfang an und inzwischen auch SPD und Linke. Bei den anderen Parteien geben nach wie vor die Männer den Ton an. Komplizierter ist es bei den Direktmandaten. Denn die Kandidatenaufstellung für die Wahlkreise

geschieht vor Ort und dezentral. Hier Parität herzustellen ist zweifelsohne eine echte Herausforderung. Und viel zu oft sind es dann eben Männer, die für Direktmandate aufgestellt werden. Bei der letzten Bundestagswahl sind von 246 Unions-Abgeordneten lediglich 15 über eine Liste eingezogen, mit 231 der überwiegende Teil über ein Direktmandat. Davon wiederum waren nur 44 Frauen. Zum Vergleich: Bei den Grünen sind es 66 Abgeordnete, die über die Liste in den Bundestag eingezogen sind. Eine Abgeordnete erzielte ein Direktmandat, die erste übrigens bei den Grünen.

ZAGHAFT ZEICHEN AUCH IN UNION UND FDP

Die Erkenntnis, dass die Parteien weiblicher werden müssen, reift inzwischen auch in anderen Parteien heran. Im Mai dieses Jahres beschloss die Frauen-Union der CDU, den Bundestag aufzufordern, mit einem Gesetz für mehr Geschlechtergerechtigkeit zu sorgen. Ihre Vorsitzende, die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Annette Widmann-Mauz forderte, das Thema Parität bei einer Wahlrechtsreform zu berücksichtigen. Bundeskanzlerin Merkel bezog auf eine Frage der grünen Abgeordneten Katja Dörner zum geringen Frauenanteil im Parlament so Stellung: „[...] wenn die Liste nicht zieht, müssen wir andere Maßnahmen treffen. [...] Einfach in den Wahlkreisen vorzuschreiben, wer die Kandidatin sein wird, ohne dass man dort die demokratischen Grundprinzipien beachtet, das dürfte auch nicht der Weg sein. Aber ich bin gerne bereit, in einem parteiübergreifenden Gespräch zu hören, ob Sie gute Vorschläge haben, wie man das bei Direktwahlkreisen auch hinbekommen kann.“ Bei anderer Gelegenheit sagte Merkel – und auch die Kandidatin für den CDU-Parteivorsitz Kramp-Karrenbauer äußerte sich so – , die CDU genüge nicht den „Ansprüchen einer Volkspartei“, weil sie nicht genug Frauen in ihren Reihen habe.

Selbst ausgesprochene QuotengegnerInnen beschleicht langsam ein ungutes Gefühl. Sogar in der FDP gibt es inzwischen einige BefürworterInnen einer Quote, wenn auch dort die Ablehnung überwiegt. Die FDP geht so weit zu behaupten, dass Quoten „Misstrauen gegenüber dem Wähler“ ausdrückten. In einer Arbeitsgruppe will die FDP jetzt Vorschläge für eine Änderung der Arbeitsweise von Parteien und eine andere Sitzungskultur erarbeiten.

BLICK ÜBER DEN RHEIN

Es ist Zeit, den Frauenrechten zum Durchbruch zu verhelfen. Das scheint in Zivilgesellschaft und Parteien angekommen zu sein. Auch für Parteien gilt die in Artikel 3 des Grundgesetzes verankerte Gleichberechtigung der Geschlechter. Deshalb braucht es eine Debatte über Lösungsansätze. Ein Blick in andere Länder zeigt eine Reihe möglicher Wege für eine bessere Vertretung von Frauen in den Parlamenten: gesetzlich festgelegte Quoten, Parteienquoten, reservierte Mandate für Kandidatinnen oder eine Sanktionierung über die Parteienfinanzierung. Ein Beispiel ist die Parité in Frankreich – ein Modell, für das jüngst sogar Angela Merkel Sympathie erkennen ließ. Der Grundsatz des gleichberechtigten Zugangs von Frauen und Männern zu Wahlmandaten und Wahlämtern ist in der französischen Verfassung verankert. Das Parité-Gesetz aus dem Jahr 2000 beinhaltet, dass bei der Wahl zur Nationalversammlung die Parteien die gleiche Anzahl von Frauen und Männern in der Gesamtheit der Wahlkreise aufstellen müssen. Verstöße werden über finanzielle Einbußen bei der Erstattung der Wahlkampfkosten sanktioniert. Doch diese Sanktionen wurden häufig einfach in Kauf genommen. Zu verlockend erschien die Aussicht, einen Wahlkreis durch männliche Kandidaten zu gewinnen. Erst die Erhöhung der Strafzahlungen und der Einzug von „La République en Marche“ brachten Fortschritte. Der Frauenanteil in der Nationalversammlung erhöhte sich substantiell. Letztlich zeigte sich hier, dass Sanktionen und Gesetzesregelungen nur bedingt wirksam sind. Vor allem kommt es auf den politischen Willen in den Mehrheitsparteien an, für mehr Frauen auf den Listen und in den Wahlkreisen zu sorgen.

VORSCHLÄGE FÜR GESETZLICHE LÖSUNGEN

Es ist der richtige Moment, um über Paritätsgesetze zu diskutieren. Derzeit sind bei Verbänden und WissenschaftlerInnen eine ganze Reihe von Ansätzen im Gespräch. Dazu zählen etwa Sanktionen über die Wahlkampfkostenersatzung nach dem Vorbild des Parité-Gesetzes in Frankreich oder auch eine gesetzliche Quotierung der Parteilisten. Auch für die Direktmandate gibt es Lösungsansätze. Um hier eine Parität herzustellen, gibt es zum Beispiel den Vorschlag, die Zahl der Wahlkreise zu reduzieren und Doppelwahlkreise einzuführen. In diesen Wahlkreisen tritt jeweils ein Duo aus Mann und Frau zur Wahl an. Ein anderes Modell favorisiert der Gesetzentwurf der grünen Land-

tagsfraktion aus Brandenburg: Hier wird die Anzahl der Wahlkreise halbiert, pro Wahlkreis würden jeweils der Mann und die Frau mit den meisten Stimmen gewählt. Eins gilt für alle Vorschläge: Sie müssen sehr hohen verfassungsrechtlichen Ansprüchen genügen. Parteienfreiheit und Wahlrechtsgleichheit sind zentrale Prinzipien unseres Grundgesetzes, sie müssen sorgfältig gegeneinander abgewogen werden.

JETZT HANDELN

Für uns Grüne, die Wurzeln in der Frauenbewegung und den Feminismus im Programm haben, ist eins klar: So wie es ist, kann es nicht bleiben. Fehlt die weibliche Hälfte unserer Gesellschaft im Bundestag, dann kann die Arbeit unseres Parlaments der Lebensrealität unseres Landes nicht genügen. Wir Grüne haben derzeit den höchsten Frauenanteil im Bundestag und praktizieren Parität auch bei unseren Listenaufstellungen. Wir wären schon einen Schritt weiter, wenn andere Parteien diesem Beispiel folgen würden. Auch der Blick ins Ausland zeigt, dass der politische Wille entscheidend ist. Wir ergreifen deshalb jetzt die Initiative. Wir wollen einen Prozess mit zivilgesellschaftlichen AkteurInnen und auch zwischen den Fraktionen im Bundestag anstoßen. Jetzt gemeinsam handeln für mehr Frauen in der Politik ist das Ziel. 100 Jahre nach der Einführung des Frauenwahlrechts wollen wir nächste Meilensteine setzen.



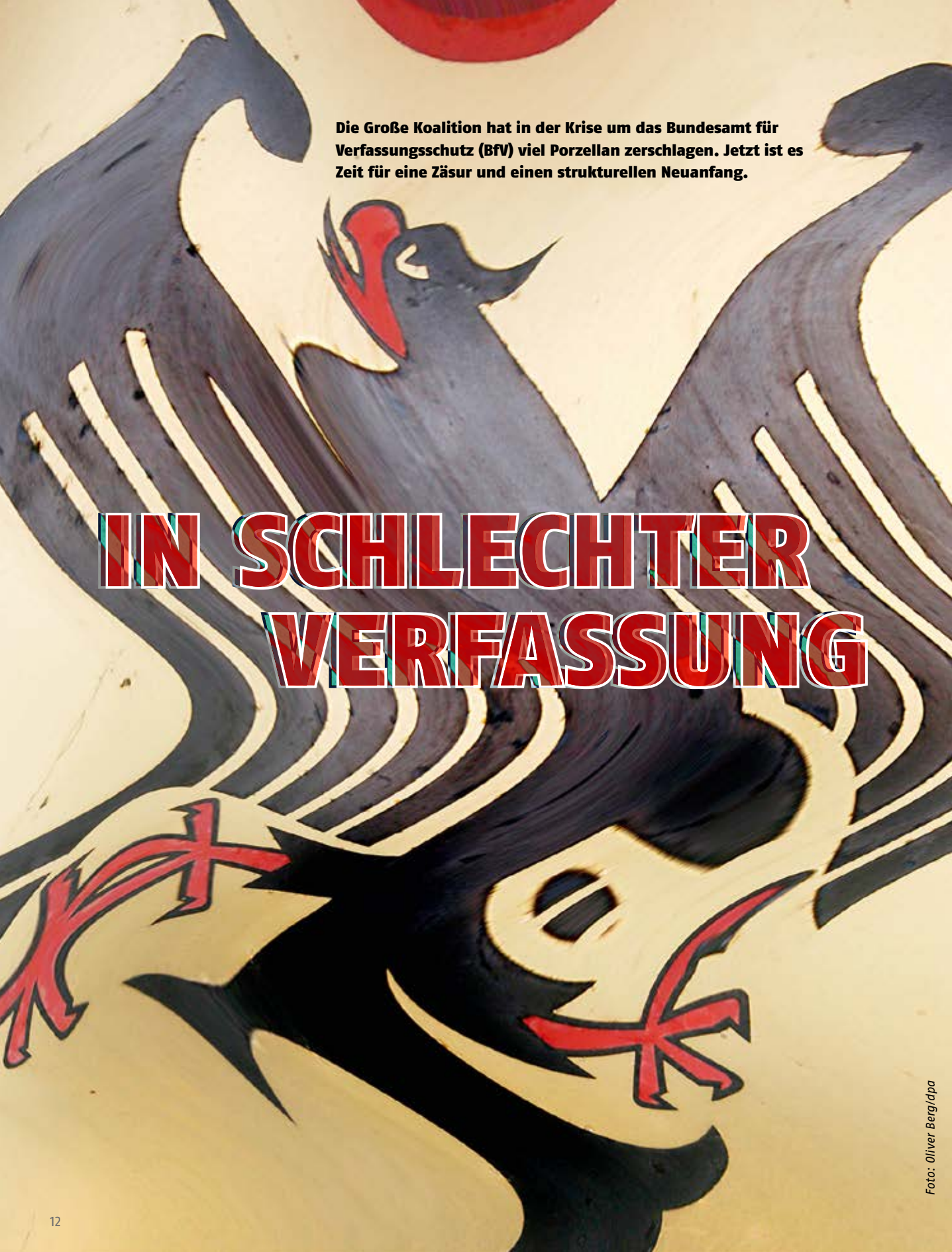
KATRIN GÖRING-ECKARDT MdB
Fraktionsvorsitzende



ULLE SCHAUWS MdB
Sprecherin für
Frauenpolitik



BRITTA HABELMANN MdB
Erste Parlamentarische
Geschäftsführerin



Die Große Koalition hat in der Krise um das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) viel Porzellan zerschlagen. Jetzt ist es Zeit für eine Zäsur und einen strukturellen Neuanfang.

IN SCHLECHTER VERFASSUNG

Von Dr. Irene Mihalic und Dr. Konstantin von Notz

Das Vertrauen in den Verfassungsschutz hat in den letzten Jahren wiederholt stark gelitten. Offene Fragen und Ungereimtheiten begleiten die Arbeit des Amtes vom Oktoberfest-Attentat 1980 über die Mordserie des NSU zwischen 2000 und 2006, das Schreddern brisanter Akten zu V-Leuten bis zum Fall Anis Amri, des Attentäters vom Berliner Breitscheidplatz. Im Fall Amri hat der zuständige Untersuchungsausschuss bereits einiges an Aufklärungsarbeit leisten können. Es zeigt sich, dass das BfV hier entgegen früheren Behauptungen eine weitaus größere Rolle spielte. Wir wissen heute, dass es im Umfeld des Attentäters V-Leute gab und auch, dass das BfV nachrichtendienstliche Mittel eingesetzt hat. Diese Erkenntnisse konnten wir nur durch hartnäckiges Nachfragen bei der Zeugenvernehmung herausarbeiten, nicht etwa, weil der Verfassungsschutz die Aufklärungsbemühungen unterstützt hätte. Im Gegenteil: Es ist wenig hilfreich, wenn Akten nur zögerlich zugeliefert oder bis zur Unlesbarkeit „geschwärzt“ werden und sich Zeugen aus dem Amt in wortklauberischen Aussagen ergehen. Dazu passt, dass uns die Bundesregierung als Beauftragte für den Untersuchungsausschuss eine ehemalige Mitarbeiterin des Verfassungsschutzes schickte, die dort unter anderem mit Kontaktpersonen Amris befasst war.

PERSONELLE KONSEQUENZEN WAREN ÜBERFÄLLIG

Auch der inzwischen seines Amtes enthobene Präsident des Verfassungsschutzes Hans-Georg Maaßen hat seinen Teil zum Vertrauensverlust beigetragen. Seine relativierenden Äußerungen zu den rechtsextremen Ausschreitungen in Chemnitz und die rechten Verschwörungstheorien in seiner Abschiedsrede stürzten das BfV zuletzt noch tiefer in die Krise. Die Abberufung von Hans-Georg Maaßen war längst überfällig. Viel zu spät hat sich die Bundesregierung dazu durchgerungen, die Zweifel an der Objektivität der Arbeit einer zentralen Behörde der deutschen Sicherheitsarchitektur auszuräumen und die Beschädigung des Amtes abzuwenden. Dieses Vertrauen in eine Behörde, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung vor feindlichen Bestrebungen schützen soll, gilt es nun wieder neu aufzubauen. Dazu bedarf es neben eines glaubhaften personellen Neuanfangs auch einer echten Strukturreform.

Damit ist keineswegs die Abschaffung des Inlandsnachrichtendienstes insgesamt gemeint. Die klare Trennung von Polizei und Nachrichtendiensten und die Abgrenzung ihrer jeweiligen Aufgaben müssen bestehen bleiben. Sie sind ein fundamentaler Teil des Rechtsstaatsprinzips. Damit ziehen wir eine zentrale Lehre aus unserer Geschichte.



IRENE MIHALIC MDB

Sprecherin für Innenpolitik

KONSTANTIN VON NOTZ MDB

Stv. Fraktionsvorsitzender

Es geht nicht darum, die Polizei mit immer weiteren Vorfeldbefugnissen zu beladen. Doch muss bei der Terrorismusbekämpfung und der Abwehr konkreter Gefahren die Polizeiarbeit weiterhin klar Vorrang haben.

KLARE AUFGABENVERTEILUNG NOTWENDIG

Unser Vorschlag zu einer Neustrukturierung des Amtes ist, die bisherigen Aufgaben des Verfassungsschutzes künftig dual zu bearbeiten: Ein „Institut für den Schutz der Verfassung“ soll ohne Eingriffsbefugnisse verfassungs- und menschenfeindliche Bestrebungen aufklären. Es soll dabei nur auf öffentlich zugängliche Quellen zurückgreifen. Aufgabe des Instituts soll es sein, Strukturen und Zusammenhänge zu erkennen und zu beobachten, sie wissenschaftlich zu analysieren und transparent zu machen – und die Sicherheitsbehörden auf mögliche Aufgaben in ihrer Zuständigkeit hinzuweisen. Ein „Amt zur Gefahrenerkennung und Spionageabwehr“ soll verfassungsfeindliche Bestrebungen im Vorfeld konkreter Gefahren aufklären. Es soll mit rechtskonformen nachrichtendienstlichen Mitteln arbeiten. Die Zuständigkeit des Amtes endet da, wo die der Polizei und Strafverfolgungsbehörden beginnt – also dann, wenn konkrete Gefahren oder Straftaten vorliegen.

Eine strukturelle Reform muss aber noch weiter reichen. Es gilt, den künftigen Umgang mit dem Einsatz von V-Leuten zu klären. Es bedarf einer rechtsstaatlichen Konkretisierung nachrichtendienstlicher Befugnisse. Und nicht zuletzt muss die parlamentarische Kontrolle geheimdienstlicher Arbeit durch Parlament und Öffentlichkeit deutlich gestärkt werden. Nachrichtendienste dürfen nicht vor der Klammer von Rechtsstaat, Verfassung und Demokratie agieren, sondern müssen klar auf deren Grundlage und zu deren Schutz handeln.

Hier geht's zur
Zukunft



IM FRÜHJAHR DIESES JAHRES HABEN KATRIN GÖRING-ECKARDT UND TONI HOFREITER FÜR DIE FRAKTION MIT DEN ZUKUNFTSLABOREN EIN NEUES ARBEITSFORMAT INS LEBEN GERUFEN. EIN KURZBERICHT GIBT ERSTE EINBLICKE.

Die Idee ist, mit den ZukunftsLaboren neue Räume zu schaffen, um Lösungen für die großen Herausforderungen unserer Zeit zu finden. Interdisziplinär und mit Mut zur Kontroverse nimmt die Bundestagsfraktion gemeinsam mit ExpertInnen, WissenschaftlerInnen und NGOs zentrale Fragen ins Visier. Viele grüne Abgeordnete verschiedenster Fachrichtungen arbeiten mit. Auch Feldforschung vor Ort, die sie auf Touren quer durchs Land führt, gehört dazu. Die Ergebnisse fließen in die parlamentarische Arbeit und die Gremien ein. Eine Menge Stoff, aus dem wir innovative grüne Zukunftsideen weben.

DIE SECHS SCHWERPUNKTTHEMEN DER Z-LABS

1. Digitalisierung, weil technischer Fortschritt unser Leben neu prägt. **2.** Die Rettung der natürlichen Lebensgrundlagen, der wir mehr öffentliche Aufmerksamkeit sichern wollen. **3.** Die Riesenherausforderung der Migration im 21. Jahrhundert. **4.** Gerechte Globalisierung als Gegenentwurf zu herrschenden Weltbildern. **5.** Neue soziale Fragen und **6.** Herausforderungen für die Demokratie, weil sie an die Grundfesten unseres Zusammenlebens rühren.

SOZIALE SPALTUNG ÜBERWINDEN

In der Auftaktveranstaltung des Labors „Neue soziale Fragen“ wurde die regionale Ungleichheit in den Mittelpunkt gestellt. Ein wachsendes Problem sind die steigenden Mieten in den Ballungszentren, die viele Menschen in Regionen mit schwacher Infrastruktur verdrängen. Wenn Familien und Alleinerziehende keine Kinderbetreuung finden oder SeniorInnen ohne öffentlichen Nahverkehr und Gesundheitsdienste dastehen, dann ist das eine Belastungsprobe für die Betroffenen wie für den Zusammenhalt der Gesellschaft.

WEG VOM PLASTIK – KLIMASCHUTZ NACH VORN

Wie verhindern wir gigantische Plastikteppiche im Meer und wie halten wir Mikroplastik von der Nahrungskette fern? Fragen wie diese treibt das Labor zur Rettung der natürlichen Lebensgrundlagen an. Unstrittig ist, dass wir Plastik vermeiden und mehr recyceln müssen. Abbaubaren Materialien gehört die Zukunft. Nächstes Arbeitsfeld wird sein, wie wir es schaffen, dauerhaft öffentliche Aufmerksamkeit und Handlungsbereitschaft für den Klimaschutz zu gewinnen.

Foto: Besuch einer
Textilfabrik in Myanmar



Foto: Polymerforschung
in Schwarzeide

DIGITALISIERUNG ZUM NUTZEN ALLER

In rasantem Tempo verändert die Digitalisierung unser Leben. Wir wollen, dass technischer Fortschritt allen Menschen zugutekommt. Ein Schlüssel könnte mehr Diversität sein, also auch mehr weibliche Akteure. Im Rahmen des Labors zur Digitalisierung befasste sich zum Beispiel eine Frauenversammlung der Bundestagsfraktion mit der Debatte über den weiblichen Footprint in der Digitalbranche und diskriminierende Algorithmen. An diesem Thema wird kräftig weitergeforscht.

STRATEGIEN GEGEN RECHTS

Vor großen Herausforderungen steht derzeit die Demokratie. Rechtspopulisten, teils Rechtsextreme sind überall auf dem Vormarsch. Die Ereignisse von Chemnitz, Köthen oder Dortmund haben uns das erschreckende Ausmaß der Akzeptanz und Unterstützung demokratiefeindlicher Kräfte und autoritärer Ideen vor Augen geführt. Wir entwickeln unsere Strategien gegen rechts weiter, der Austausch im Labor mit WissenschaftlerInnen und engagierten NGOs leistet dazu einen wichtigen Beitrag. Weitere Gespräche und Veranstaltungen sind geplant.

GERECHTE GLOBALISIERUNG VERTEIDIGEN

Dem Chaos im Welthandel hat sich ganz aktuell am 7. November das Labor Gerechte Globalisierung gewidmet. Denn die multilaterale Handelsordnung steht unter Druck wie nie. Die USA ziehen sich Stück für Stück aus den multilateralen Handelsbeziehungen zurück. Auch die Europäische Union und andere Handelsmächte gehen zunehmend eigene Wege. Gleichzeitig droht dem internationalen Handel eine Spirale von Zollerhöhungen und Protektionismus. Wie können wir unter neuen Vorzeichen Globalisierung gerecht gestalten und welchen Beitrag kann die Handelspolitik zur Entwicklung leisten? Viele Gäste und ExpertInnen steuerten interessante Ideen und Impulse bei.

MIGRATION – SO SCHAFFEN WIR DAS!

Last but not least arbeitet das Labor „Migration im 21. Jahrhundert“ an neuen Wegen zur Bewältigung dieser Mammutaufgabe. Eine Veranstaltung wird das Thema Klimaflüchtlinge in allen Facetten beleuchten. Es gilt, über die aktuelle Lage hinauszudenken: Mit welcher Entwicklung ist zu rechnen? Was sind die richtigen Antworten für diese Menschen? Mit welchem rechtlichen Rahmen werden wir dem gerecht? Den Veranstaltungsbericht finden Sie demnächst auf der Onlineplattform der Zukunftslabore. Sie ist Schaufenster und permanente Werkstatt zugleich. Schauen Sie doch mal vorbei:

www.zukunftslabore.gruene-bundestag.de

DIE GEWINNE

Direkte Demokratie ist ihr Spezialgebiet als Politikwissenschaftlerin. Dass mehr Bürgerbeteiligung kommt, dafür setzt sich Anna Christmann im Bundestag ein.

Von Klaus Heymach

Der kleine weiße Ball rollt über den grünen Teppich und schon wieder knapp am Loch vorbei. „Mist!“, ruft Anna Christmann und lacht. „Ich gewinne gern – vermutlich, weil ich einen großen Bruder habe.“ Die Golfmatte vor ihrem Schreibtisch im Bundestagsbüro ist ein Geschenk ihres Teams zum 35. Geburtstag. Bis zum Büroturnier will sie noch üben. Wettstreit gehört zur Politik, ist die Abgeordnete aus Stuttgart überzeugt. „Zuhören, streiten, Konsens finden“, beschreibt sie ihre Arbeit. „Man muss Lust haben auf andere Menschen.“

Die Auseinandersetzung über die Sache kommt ihr im Parlamentsbetrieb häufig zu kurz. Wenn die KollegInnen in den Ausschüssen routiniert ihre Statements zu Protokoll geben, statt wirklich zu debattieren. Viel aufschlussreicher findet sie oft Begegnungen außerhalb des Parlaments: mit Wissenschaftlerinnen, die ihr die Quantentechnologie erklären, oder mit der über 80-jährigen Physikerin, die Experimentierkästen für Kinder entwickelt und Unterstützung für ihr ehrenamtliches Projekt suchte. „Toll, wenn ich da helfen kann“, begeistert sich Anna Christmann.

Mit der Politik kam sie früh in Berührung. In Ilsede bei Hannover liefen noch die letzten Anlagen einer alten Kokerei. „Wir konnten die schlechte Luft förmlich sehen“, erinnert sie sich. Der Vater, Mitglied bei den Grünen, engagierte sich gegen den Luftverschmutzer. Schließlich wurde die Kokerei geschlossen. „Dieser Kampf hat mich zu einem politischen Menschen gemacht“, sagt Anna Christmann. Am Gymnasium wurde sie Schülersprecherin und schrieb für die Schülerzeitung.

Naturwissenschaften fand sie schon immer spannend, ihr Mathematikstudium schloss sie aber nur im Nebenfach ab. „Ich wollte nicht irgendwann Risikomodelle in einer Versicherung berechnen.“ Stattdessen konzentrierte sich die Studentin an der Universität Heidelberg auf Politikwissenschaft. Hier trat sie auch den Grünen bei. In ihrer Promotion an der Universität Bern beschäftigte sie sich

mit direkter Demokratie. Wie man sie praktisch umsetzt, untersuchte sie in Kalifornien und der Schweiz. Über die Stationen im Ausland ist Anna Christmann froh – nicht nur, weil sie in Zürich ihren Mann kennenlernte. Als sie dort am Zentrum für Demokratie der Universität arbeitete, habe man es völlig normal gefunden, dass sie ihre Tochter mit fünf Monaten in die Kita gab. Ein halbes Jahr später in Stuttgart hätten die Leute sie seltsam angeschaut.

Zu der Zeit war in Baden-Württemberg gerade Winfried Kretschmann erster grüner Ministerpräsident geworden. Ein historischer Moment – auch für Anna Christmann. Die Politologin steigt als Grundsatzreferentin und Büroleiterin der Wissenschaftsministerin in die Landespolitik ein. Dass die Landesregierung eigens eine Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung einsetzt, beeindruckt sie. Denn Politik an den Menschen vorbei zu machen und nicht richtig zu erklären, darin sieht sie eines der größten Versäumnisse der Regierung Merkel.

2017 gelingt Anna Christmann der Sprung in den Bundestag. In der grünen Fraktion ist sie Sprecherin für bürgerschaftliches Engagement sowie für Innovation und Technologiepolitik. Als Obfrau in der Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz“ ist sie zuständig für ein Thema, das die Politik ihrer Ansicht nach lange verschlafen hat. „Wir brauchen eine globale Debatte über neue Technologien, so wie wir sie über den Klimawandel haben“, fordert die Abgeordnete. Dass die Enquete-Kommission hinter verschlossenen Türen tagt, ärgert sie. „Künstliche Intelligenz bietet so viele Chancen“, ist Anna Christmann überzeugt, „von der Krebserkennung bis zur Energiewende. Wir müssen nur dafür sorgen, dass sie sozial und ökologisch angewendet wird.“

Am Ende des Gesprächs nimmt sie noch einmal den Golfschläger zur Hand. „Die letzte Partie Minigolf, das war im Urlaub an der Ostsee. Gegen meinen Mann habe ich gewonnen“, grinst sie.

ND E

Foto: Stefan Kaminski

DR. ANNA CHRISTMANN MDB

- » seit 2003 Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen
- » 2004–2007 Mitglied des Kreisvorstands Heidelberg
- » 2013–2017 Referentin im Wissenschaftsministerium Baden-Württemberg
- » seit 2017 Abgeordnete im Deutschen Bundestag
- » Obfrau Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz“
- » Sprecherin für Innovations- und Technologiepolitik, Sprecherin für Bürgerschaftliches Engagement
- » Mitglied im Ausschuss Digitale Agenda und im Forschungsausschuss
- » Obfrau im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement

BERICHTE AUS DEN ARBEITSKREISEN

Wirtschaft, Finanzen & Soziales

AK EINS

» GRÜNER WIRTSCHAFTSBEIRAT GESTARTET

Auf Einladung der grünen Bundestagsfraktion haben VertreterInnen aus der Wirtschaft über Herausforderungen und Lösungsansätze für Klimakrise, Digitalisierung und Globalisierung sowie zum grünen Einwanderungsgesetz diskutiert. Mit dabei waren Gründer, die Geschäftsführerin eines Familienbetriebs oder auch der Vorstandschef eines DAX-Konzerns. Die Veranstaltung war der Auftakt für einen grünen Wirtschaftsbeirat, in dem der Dialog weiter intensiviert werden soll. Ökologie soll immer wieder ins Zentrum der Ökonomie rücken.

Insbesondere auch mit Blick auf parlamentarische Vorhaben. Neben den grünen Bundestagsabgeordneten nehmen am Beirat themenbezogen auch grüne Mitglieder aus Europa- und Landesparlamenten teil. Die positive Resonanz vonseiten der Unternehmen zeigt den Wunsch, ökologisch und ökonomisch erfolgreich zu wirtschaften.

[www.gruene-bundestag.de/
Wirtschaftsbeirat](http://www.gruene-bundestag.de/Wirtschaftsbeirat)

» MULTILATERALER GERICHTSHOF FÜR INVESTITIONEN UND MENSCHENRECHTE

Wir brauchen gerechte Handels- und Investitionsregeln für Wettbewerb und für eine ressourcen- und umweltschonende Produktionsweise. Denn nur fairer Handel ist freier Handel. So können Umwelt, Beschäftigte und VerbraucherInnen durch verbindliche Standards geschützt werden. Deshalb wollen wir das internationale Investitionsrecht grundlegend reformieren und die Klageprivilegien für Konzerne beenden. Wir fordern dafür die Schaffung eines völkerrechtlich basierten, multilateralen Gerichtshofs. Bislang ermöglicht eine Vielzahl bilateraler Investitionsschutzverträge nur Konzernen die Möglichkeit zur Klage. Dies soll der Gerichtshof ändern, indem er auch für Gegenklagen offensteht, wenn etwa ein Investor im Widerspruch zu völkerrechtlichen Verträgen für Menschenrechte, Arbeitsschutz sowie Klima- und Umweltschutz gehandelt hat. Auch lokale Gemeinschaften oder Gewerkschaften sollen Zugang zu diesem Gerichtshof erhalten. So schaffen wir eine Handelspolitik, die das Wohl der Menschen vor Konzerninteressen stellt.

www.gruene-bundestag.de/Freihandel



Foto: Thomas Kokta / Masterfile

Umwelt, Energie, Landwirtschaft & Verkehr

AK ZWEI

» WEDDELLMEER SCHÜTZEN

Auf Initiative der grünen Bundestagsfraktion hat der Deutsche Bundestag einen interfraktionellen Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen einstimmig verabschiedet. Das Weddellmeer in der Antarktis soll Meeresschutzgebiet werden. Auf der Tagung der internationalen Antarktiskommission (CCAMLR) im Herbst sollte das beschlossen werden. Die Verhandlungen scheiterten jedoch an den Fischereiinteressen einiger weniger Staaten. Das ist ein herber Rückschlag für den internationalen Schutz der Meere – besonders angesichts von fortschreitendem Artensterben und Klimawandel. Wir kämpfen weiter für den Schutz der Antarktis.

www.gruene-bundestag.de/Biologische-Vielfalt

» BUNDESREGIERUNG FÜHRT DIE ENERGIEWENDE INS CHAOS

Die Klimakrise wird immer spürbarer und die Bundesregierung müsste dringend handeln, um die Klimaziele 2020 zu erfüllen. Doch dauerte es lange, bis ihre erste Initiative im Bereich Energie endlich beschlossen wurde – und dann geht das sogenannte Energiesammelgesetz auch noch in die falsche Richtung. Wir brauchen klare Ausbauziele für Erneuerbare bis 2030, Anreize für eine regional sinnvolle Verteilung des Windenergieausbaus und eine verlässliche Vergütung für Photovoltaik auf dem Dach. Stattdessen gefährdet die Bundesregierung die Erneuerbaren-Branche und die Energiewende insgesamt.

www.gruene-bundestag.de/Energie

» DIESELSKANDAL, NÄCHSTE STUFE

Nachdem sie drei Jahre lang nichts gegen die Luftverschmutzung getan hat, bekommt die Bundesregierung angesichts immer neuer Fahrverbotsurteile kalte Füße. Doch statt die Autoindustrie zu wirksamen Nachrüstungen schmutziger Diesel zu verpflichten, wollen Merkel und Scheuer das Immissionsrecht an die schlechte Luft anpassen. „Geringe“ Grenzwertüberschreitungen sollen ohne Konsequenzen bleiben. Andersrum wäre es richtig und gesetzeskonform. Menschen müssen vor der schlechten Luft und dem Betrug der Autohersteller geschützt werden.

www.gruene-bundestag.de/Abgasskandal

AK DREI

Bürgerrechte & Demokratie, Rechts- & Gesellschaftspolitik

» MIGRATION GEORDNET UND LEGAL GESTALTEN

Im Dezember soll auf einer UN-Konferenz in Marrakesch der „Globale Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration“ angenommen werden. Im Zentrum stehen Fluchtursachenbekämpfung, die Stärkung regulärer Einwanderungswege, die grenzüberschreitende Bekämpfung von Menschenhandel sowie die Stärkung und der Schutz der Rechte von MigrantInnen. Der Pakt enthält auch Forderungen für eine verbesserte Inklusion in den Arbeitsmarkt, bei der Schulbildung und Gesundheitsversorgung sowie zum Schutz vor Hassverbrechen. Seit Monaten wird mit bewussten Falschinformationen gegen den Pakt Stimmung gemacht. Die Bundesregierung hat lange Zeit versäumt, die Öffentlichkeit sachlich zu informieren. Wir fordern von ihr, zusammen mit dem Bundestag und der Zivilgesellschaft umgehend einen Plan zur nationalen Umsetzung des Pakts zu entwickeln. Auch international soll Deutschland hier eine führende Rolle einnehmen. Internationale Zusammenarbeit ist der Schlüssel zur Bekämpfung von Fluchtursachen, zur geordneten Steuerung von Migration und zum besseren Schutz vor Diskriminierung, Ausbeutung und Menschenrechtsverletzungen.

www.gruene-bundestag.de/Migrationspakt

» WE SUPPORT E-SPORT

Millionen Menschen begeistern sich für den sportlichen Wettbewerb mit Videospiele. Politik und der organisierte Sport sollten deshalb an guten Regeln arbeiten. Wir Grüne im Bundestag wollen gute Rahmenbedingungen schaffen, vor allem für Amateurvereine. E-Sport-Vereine sollen genauso von der Gemeinnützigkeit profitieren wie andere Sportvereine: weniger Bürokratie gegenüber den Behörden, steuerliche Erleichterungen, Zugang zu kommunalen Räumen und vieles mehr. Gleichzeitig wollen wir auch den Antidopingkampf, Sucht- und Gesundheitsprävention sowie Kinder- und Jugendschutz stärken. Wir brauchen Aufklärungskampagnen zur Suchtgefahr von Games und gut ausgestattete Beratungsstellen. Auch Geschlechtergerechtigkeit wollen wir voranbringen.

www.gruene-bundestag.de/Esport

AK VIER Internationale Politik & Menschenrechte

» MENSCHENRECHTSLAGE IN CHINA

Ein Antrag der grünen Bundestagsfraktion zur Lage der Menschenrechte in der chinesischen Provinz Xinjiang hat zu heftigen Protesten seitens der chinesischen Regierung geführt. Die Bundestagsbefassung wurde als Einmischung in interne Angelegenheiten zurückgewiesen und das Vorgehen in Xinjiang als Terrorismusprävention verteidigt. In unserem Antrag verweisen wir auf Berichte über die sich verschlechternde Menschenrechtsslage, insbesondere für die uigurische und kasachische muslimische Minderheit. Derzeit werden rund eine Million Menschen in sogenannten „Umerziehungslagern“ festgehalten. China nennt die Lager „Bildungs- und Ausbildungszentren“, in denen religiösem Extremismus vorgebeugt werde. Wir fordern von der Bundesregierung, sich für eine unabhängige Untersuchung der schweren Menschenrechtsverletzungen und die Schließung der „Umerziehungslager“ einzusetzen. Der Antrag wurde in die Ausschüsse verwiesen.

www.gruene-bundestag.de/Uiguren

» FRIEDENSNOBELPREISTRÄGER ZU GAST IN DER BUNDESTAGSFRAKTION

Mitte Oktober hatte die grüne Bundestagsfraktion deutsche VertreterInnen der International Campaign to Abolish Nuclear Weapons (ICAN) zu Besuch. Der Einsatz von ICAN für ein völkerrechtliches Abkommen zum Verbot von Atomwaffen wurde 2017 mit dem Friedensnobelpreis geehrt. Der am 7. Juli 2017 von 122 Staaten angenommene Atomwaffenverbotsvertrag verbietet Entwicklung, Produktion, Test, Erwerb, Lagerung, Transport, Stationierung und Einsatz von Atomwaffen. Bis Ende Oktober 2018 haben 69 Staaten

den Vertrag unterzeichnet und 19 Staaten den Vertrag ratifiziert. 90 Tage nach der 50. Ratifizierung wird der Vertrag in Kraft treten. Die Bundesregierung ist dem Abkommen nicht beigetreten. Die Atomwaffenstaaten sind ihrer Verpflichtung zur nuklearen Abrüstung nicht nachgekommen. Im Gegenteil: Sie modernisieren ihre Atomwaffenarsenale. Wir fordern den Abzug der Atomwaffen aus Deutschland und einen Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag.

www.gruene-bundestag.de/Atomwaffen

Wissen, Generationen & Gesundheit

AK FÜNF

» MEHR FRAUEN IN FÜHRUNGSAUFGABEN IM GESUNDHEITSWESEN

In zunehmendem Maße sind es Frauen, die als Pflegekraft, Ärztin oder Therapeutin dafür sorgen, dass Patientinnen und Patienten gut versorgt werden. Der Frauenanteil unter den berufstätigen Ärztinnen und Ärzten beträgt rund 46 Prozent. 1991 waren es erst 30 Prozent. Und die ambulante Pflege gäbe es ohne Frauen gar nicht: Nahezu 90 Prozent aller Pflegekräfte sind weiblich. Im Maschinenraum unseres Gesundheitswesens tragen vor allem Frauen die Verantwortung. In den Vorständen etwa der Ärztekammern, der Kassenärztlichen Vereinigungen und Krankenkassen sowie auf den Chefetagen der Krankenhäuser dominieren dagegen Männer. Wir schlagen unter anderem eine verbindliche Frauenquote für die Führungsgremien von Kassen oder Kassenärztlichen Vereinigungen vor, um den Frauenanteil zu verbessern.

www.gruene-bundestag.de/Gesundheitswesen

» KLARE ZIELVORGABEN FÜR QUALITÄT IN KITAS

Wo Qualität draufsteht, muss auch Qualität drin sein. Doch dies erfüllt das sogenannte Gute-Kita-Gesetz der Bundesregierung nicht. Wir fordern deshalb klare Zielvorgaben im Gesetz und eine verlässliche Finanzierung, die vor Ort ankommt. Einen entscheidenden Beitrag zum guten Aufwachsen aller Kinder können Kitas dann leisten, wenn die Qualität stimmt. Doch die Realität sieht oft anders aus: Eine Erzieherin muss gleichzeitig Windeln wechseln, trösten, vorlesen und zwischen Tür und Angel für Eltern ein offenes Ohr haben. Zu viel Lärm, zu wenig Raum, zu wenig Fachkräfte. Deutschlandweit gibt es große Unterschiede, wie viele Kinder eine Erzieherin oder ein Erzieher betreut. Dabei ist Zeit-Haben entscheidend dafür, dass sich Kinder wohlfühlen und individuell gefördert werden können. Wir wollen gesetzlich festschreiben, dass zukünftig eine Erzieherin unter Einbezug der Zeiten für Vor- und Nachbereitung, Elterngespräche sowie Ausfallzeiten für höchstens zwei unter Einjährige, vier unter Dreijährige und neun über Dreijährige sorgt.

www.gruene-bundestag.de/Kita

» YOUR IDEA TO CHANGE EUROPE

Selten war der Europasaal so jung und europäisch gefüllt, mit Gästen aus Polen, Spanien und Frankreich, aber auch Albanien, Weißrussland und der Türkei. Zu Beginn des Young European Lab am 12. Oktober, das Franziska Brantner MdB und Sven Giegold MdEP für die grünen Fraktionen im Bundestag und im Europaparlament initiiert hatten, hielt Anton Hofreiter ein leidenschaftliches Plädoyer für die Europäische Union. Im Anschluss zeigten sechs junge Change-makerInnen den über 100 KonferenzteilnehmerInnen, dass Mut und Ideenreichtum viel verändern können. Gespannt zugehört wurde den Kurzvorträgen von Adela Rapeanu von „geeks for democracy“ aus Rumänien, Mitorganisatorin



der Proteste gegen Korruption in der Regierung, und Aisling Cusack aus Irland von der Kampagne für ein neues Abtreibungsgesetz. Martin Speer aus Berlin berichtete vom Erfolg #FreeInterrail. Mut machten auch Femi Oluwole von „our future our choice“ für ein zweites Brexit-Referendum aus Großbritannien und Marcela Hansch und Tilmann Flöhr von „pacific garbage screening“ aus Aachen, die den Plastikmüll im Meer bekämpfen.

In Workshops wurden Projekte zu sozialen, ökologischen und ökonomischen Fragen ebenso debattiert wie zu Migration, Jugend und Demokratie. Die Stimmen junger Europäerinnen und Europäer sollten öfter im Bundestag gehört werden! Wir wollen dazu beitragen, ihre Ideen im Parlament umzusetzen.

www.gruene-bundestag.de/Young-EU-Lab

» DIGITALE ARBEITSWELT GEMEINSAM GESTALTEN

Wie muss die betriebliche Mitbestimmung künftig aussehen? Welche Auswirkungen hat die Digitalisierung auf den Datenschutz der Beschäftigten, welche auf den Weiterbildungsbedarf? Wie sollten sich die staatlichen Förderstrukturen weiterentwickeln? Welche Chancen bieten sich für einen inklusiven Arbeitsmarkt? Das sind nur einige der Fragen, die die Bundestagsfraktion bei ihrem Betriebsrätetag am 12. November diskutiert hat. Ein toller Tag mit inhaltsstarken Inputs des Fraktionsvorsitzenden Anton Hofreiter, unserer Sprecherin für Arbeitnehmerrechte Beate Müller-Gemmeke, Prof. Dr. Peter Wedde und Annelie Buntenbach. In parallelen Foren ging es um die Themen Mitbestimmung, Qualifizierung und Inklusion. Der Austausch mit



Betriebsräten und Gewerkschaften war wichtig. Wir müssen „gute Arbeit und gute Arbeitsbedingungen“ stärker in den Fokus rücken und den

Betriebsräten sowie den Tarifparteien mehr Instrumente geben, damit sie die Arbeitswelt mitgestalten und weiterentwickeln können. Die Digitalisierung und Automatisierung sind evolutionäre Prozesse, die wir im Sinne der Menschen politisch gestalten können.

www.gruene-bundestag.de/Arbeit

» GUT GEKÄMPFT, SCHWESTERN!

Die Bundestagsfraktion hatte zum Parlamentarischen Abend in den Bundestag geladen. 100 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland wurden gefeiert und über feministische Herausforderungen 2018 diskutiert. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Katja Dörner moderierte das Gespräch mit Frauen verschiedener Generationen. Lore-Maria Peschel-Gutzeit, ehemalige Justizsenatorin in Berlin und Hamburg, zeigte sich mit 85 Jahren kämpferisch wie eh und je. Darauf angesprochen, dass 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts der Frauenanteil in vielen deutschen Parlamenten zurückgehe und es nicht einfach sei, hier gesetzlich einzugreifen, entgegnete sie trocken: „Schwierig ist immer alles. Rauf auf die Bastille!“ An diesem Abend wurde deutlich, wie wichtig gegenseitige Unterstützung, Kooperation und Solidarität für engagierte Frauen sind. Themen wurden den Politikerinnen reichlich mitgegeben: Entgeltgleichheit, die Lage auf dem Arbeitsmarkt, das Steuerrecht mit dem überholten Ehegattensplitting, die sexuelle Selbstbestimmung sichern und den § 219a aus dem Strafrecht holen – auch 2018 ist die feministische Arbeit nicht beendet, darum: weiterkämpfen, Schwestern.

www.gruene-bundestag.de/100-jahre-frauenwahlrecht



Foto: Stefan Maak



TERMINE

immer aktuell unter:

www.gruene-bundestag.de/Termine

KLIMASCHUTZ

NACH HAUSE HOLEN:

GEBÄUDEENERGIEGESETZ

Fachgespräch am 14.12.2018 in Berlin
AK 2 Koordination, TEL 030/227 51460
ak2@gruene-bundestag.de

EUROPA À LA CARTE

KONFERENZ ZUR INTERNATIONALEN GRÜNEN WOCHE

am 19.01.2019 in Berlin
AK 2 Koordination, TEL 030/227 51460
ak2@gruene-bundestag.de

DIE REICHSBÜRGER – GEFAHR FÜR DEMOKRATIE UND RECHTSSTAAT

Fachgespräch am 18.02.2019 in Berlin
AK 3 Koordination, TEL 030/227 58900
ak3@gruene-bundestag.de

ATOMAUSSTIEG WELTWEIT

Konferenz am 11.03.2019 in Berlin
AK 2 Koordination, TEL 030/227 51460
ak2@gruene-bundestag.de

PUBLIKATIONEN

Eine Auswahl, mehr unter:

www.gruene-bundestag.de/Publikationen

BROSCHÜRE

Die grüne Bundestagsfraktion
in der 19. WP 19/002

FLYER

Kein Platz für Nazis 19/16
Menschenrechte verteidigen!.. 19/13
Die grüne Wohnoffensive 19/12
Planet Plastic – Schluss mit dem Wegwerfwahn 19/10
Erste Hilfe für die Pflege 19/03
Ozeane schützen 18/68

POSTKARTE

Planet Plastic – Zahlen und Fakten 19/11

READER

Neue Wohngemeinnützigkeit... 19/17

Bestellungen an:

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion, Versand, 11011 Berlin, oder:
versand@gruene-bundestag.de

profil:GRÜN ist die Zeitschrift der Bundestagsfraktion. Sie erscheint vier Mal im Jahr und kann unter oben stehender Adresse bestellt werden.


ONLINE

Tagesaktuell, Fraktionsbeschlüsse, Initiativen, Bundestagsreden, Videos und Newsletter auf www.gruene-bundestag.de

Unser Video-Tipp:

www.gruene-bundestag.de/frauenweltweit


Ihre Kommentare, Ideen und Fragen können Sie uns auch über die sozialen Netzwerke schicken:

 twitter.com/GrueneBundestag

 [instagram.com/gruenebundestag](https://www.instagram.com/gruenebundestag)

 [facebook.com/Gruene.im.Bundestag](https://www.facebook.com/Gruene.im.Bundestag)

 Der grüne Kanal bei YouTube:
[youtube.com/GRUENE](https://www.youtube.com/GRUENE)

 Unsere Fotos bei flickr:
[flickr.com/gruene-bundestag](https://www.flickr.com/gruene-bundestag)